

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1921**

102 (14.4.1921) Erstes und Zweites Blatt

# Karlsruher Tagblatt

Die Reg. Monarchenliste  
über deren Raum 1,50 M. (als  
1,40 M.) Jan. März 1.50 M.  
Monatliche 6. — Wf. an  
erster Stelle 6.50 M.  
Abon. nach Berlin  
Anzeigen-Annahme  
bis 12 Uhr mittags  
kleinere Anzeigen sonntags  
bis 4 Uhr nachmittags.  
Druckmaschinen:  
Geschäftsstelle Nr. 203,  
Berlin W. 207.  
Schriftleitung Nr. 20 u. 804  
Druckerei Nr. 277

Bezugspreis:  
in Karlsruhe frei ins Haus  
ab 1. Januar 1921  
an den Abonnenten ab  
geholt monatlich 5.10 M.  
anwärts durch unsere  
Agenturen bezogen 5.50 M.  
monatlich durch den Ver-  
leger frei ins Haus gebracht  
monatlich 5.05 M. Viertel-  
jährlich 16.95 M.

Verlag, Schriftleitung und Geschäftsstelle: Ritterstraße 1. **Badische Morgenzeitung** Mit der Wochenschrift „Die Pyramide“ **Badische Morgenpost**

Gef. Redakteur: Hermann v. Loez, Verantwortl. für Politik: Martin Gollmann; für den wirtschaftlichen, badischen und lokalen Teil: Heinrich Gerhardt; für Familien: Hermann v. Loez; für Inserate: Heinrich Gerhardt. Druck und Verlag: G. B. Wallersteinsche Buchhandlung m. b. H. sämtlich in Karlsruhe. Berliner Redaktion: Dr. Kurt Heinrich, Friedenau, Frenckstraße 65. 66. Telefon-Nr. 10.100. Adressänderung: Baden 2902. Für unverlangte Manuskripte oder Drucksachen übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Rücksendung erfolgt, wenn Porto beigefügt ist.

118. Jahrg. Nr. 102.

Donnerstag, den 14. April 1921

Erstes Blatt.

## Zum Problem der Arbeitslosigkeit.

Von

Herrn Regierungsrat Dr. Oscar Weigert,  
Ministerialrat im Reichsarbeitsministerium.

Die landläufigen vagen Vorstellungen über die Personenzahl, die Leistungen und den Aufwand der Arbeitslosenfürsorge haben durch die regelmäßigen Veröffentlichungen der amtlichen Stellen allmählich einen bestimmteren Inhalt bekommen. Das ist gewiß sehr zu begrüßen. Der Einzug der Statistik in den Bereich der Arbeitslosenfürsorge hat aber unverkennbar auch seine schweren Gefahren. Es ist eine Eigentümlichkeit der abendlichen Seele, daß sie nur zu leicht die Dinge, die sie benennen und messen kann, damit schon zu erledigen glaubt. Die Statistik wandelt sich ihr nur zu leicht zum Schicksal. Da die Statistik erfahrungsgemäß ihre Fiktion von Arbeitslosen verlangt, so scheint es unausweichlich, daß sie vorhanden sind, und es scheint vergeblich, sie zu mindern zu wollen. Neben dieser ersten Gefahr liegt eine zweite. Wenn bestimmte Zahlen für unbestimmte Vorstellungen eintreten, so scheitern diese Zahlen, mögen sie an sich noch so hoch sein, doch, verglichen mit jenen ganz unbestimmten Begriffen, gering. Nicht viel mehr als 400 000 unterstützte Arbeitslose? O, das ist ja viel besser, als wir dachten! Und auch die Milliarden Mark, die im Haushaltsplan des Reiches für unterstützende und produktive Arbeitslosenfürsorge eingeplant ist, wirkt im Zeitalter der Inflation nicht mehr erschütternd.

Dabei ist nun aber das Folgende zu bedenken. Die Zahlen der unterstützten Arbeitslosen im Reich bieten nur einen kleinen Auschnitt aus dem wirklichen Beschäftigungsgebiet der Arbeitslosigkeit. Die Leistungen der Arbeitslosenfürsorge sind an eine ganze Reihe von Voraussetzungen geknüpft, und die Auswahl, die nach diesen Voraussetzungen zu treffen ist, ist mit der erstarrten Staatsautorität immer unterschiedener geworden. Man wird annehmen müssen, daß die Zahl der Arbeitslosen, die keine Unterstützung erhalten, nicht geringer ist als die Zahl der Unterstützten. Dann ist zu bedenken, daß neben den unterstützten Arbeitslosen die Erwerbslosen stehen, denen die produktive Arbeitslosenfürsorge zugute kommt. Es sind Maßnahmen im Gange, mit denen nicht weniger als 200 000 Arbeitskräfte für einen längeren Zeitraum der unterstützenden Fürsorge ferngehalten werden. Auch diese Arbeitskräfte haben aber zum größten Teil auf der Passivseite unserer Volkswirtschaft. Welche Bedeutung ferner der Kurzarbeit für die Beurteilung des Arbeitsmarktes zukommt, wird heute in immer weiteren Kreisen verstanden. Die wirtschaftliche Lage des Kurzarbeiters ist nicht viel besser als die des voll Arbeitslosen. Kurzarbeit wird aber in Deutschland nicht nur nach der freien Entscheidung der Beteiligten geleistet, sondern sie ist nach Demobilisierungsvorschriften jedesmal einzuschalten, ohne ein Arbeitgeber die Zahl seiner Teilnehmer vermindern darf.

Alle diese Tatsachen müssen auch dann gewürdigt werden, wenn der Umfang der Arbeitslosigkeit in Deutschland mit dem Ausland verglichen wird. Seit die große Abwärtskurve auf dem Weltmarkt eingeleitet hat, lesen wir in sämtlichen Arbeitslosenziffern aus Frankreich, aus England, aus den Vereinigten Staaten in den Zeitungen, die die deutschen Ziffern zum Teil um ein Vielfaches zu übersteigen scheinen. Tatsächlich lassen sich die nationalen Ziffern der Arbeitslosigkeit aber international heute noch nicht vergleichen, weil die statistischen Grundlagen, auf denen sie beruhen, durchaus verschieden sind. Ich habe selbst im Dezember des vorigen Jahres an einer internationalen Aussprache über diesen Gegenstand teilgenommen, zu der das internationale Arbeitsamt Sachverständige aus allen Ländern nach Paris geladen hatte. Diese Aussprache hat auf deutliche gezeigt, wie sehr die Fragestellung und das System der Arbeitslosenstatistik heute noch in den wichtigsten Kulturländern voneinander abweichen. Das internationale Arbeitsamt erwirbt sich mit seinen Bemühungen um eine internationale Ausgleichung dieses Arbeitsgebietes unabweiselhaft große und dauernde Verdienste. Bis auf weiteres wird sich aber kaum mehr erreichen lassen, als daß Gründe und Umfang der nationalen Abweichungen immer scharfer herausgearbeitet werden.

Wenn die Zahlen der unterstützten Arbeitslosen in Deutschland auch nur einen Bruchteil der wirklich Arbeitslosen bieten, so sprechen sie doch eine beredte Sprache von der großen Not, die hinter ihnen steht. Dabei sind es vor allem zwei Umstände, die die ernste Aufmerksamkeit verlangen. Der eine dieser Umstände ist die örtliche Verteilung der Arbeitslosen im Reich. Es ist nämlich heute so, daß die Arbeitslosigkeit in ihren schwersten Auswirkungen sich auf bestimmte große Städte beschränkt. Zunächst sind ja bisher überhaupt nur die industrialisierten Teile des Reichs, und unter ihnen insbesondere die großen Städte von Arbeitslosigkeit betroffen worden. Aber auch hier bestehen die allergrößten Unterschiede. Um Grenzfälle einander gegenüberzustellen, sei erwähnt, daß Dortmund 61 unterstützte Arbeitslose auf das Tausend zählt, Essen 88,

München-Gladbach 92, Vöden und Crefeld 17, dagegen Chemnitz 14,5, Breslau 15,5, Groß-Berlin 26,2, Fürth 37,3, Plauen i. Vogtl. 83,2. Während im Durchschnitt des Deutschen Reichs am 1. Januar auf 1000 Einwohner 14,5 Arbeitslose und unterstützte Familienangehörige fielen, war die gleiche Ziffer in Sachsen 44,6, in Hamburg 49,3, in Thüringen 18,2. Die Verhältnisse in Hamburg bessern sich langsam, die eigentlichen Herde der dauernden gehäuften Arbeitslosigkeit finden neben Groß-Berlin, Sachsen und Thüringen.

Das führt zu dem zweiten schwerwiegenden Umstände, der zur Erläuterung der statistischen Angaben herangezogen werden muß: der besonderen Struktur, die die Arbeitslosigkeit allmählich angenommen hat. Gerade in den Bezirken mit der gehäuften Arbeitslosigkeit befinden sich in wachsendem Maße Erwerbslose, deren Arbeitslosigkeit nunmehr schon viele Monate dauert. Bekannt ist die Lage im vogtländischen Textilbezirk. Dort liegt die Textilindustrie eigentlich schon seit dem Jahre 1912 darnieder, und noch ist der Weg nicht gefunden,

der das Elend wenden kann. Weiter aber zeigen die amtlichen Ziffern selbst, daß im ganzen Reich die Zahlen der Familienangehörigen, die mit den Arbeitslosen unterhalten werden, heute sehr viel höher sind, als etwa vor Jahresfrist. Während beispielsweise im Februar 1920 neben rund 408 000 voll Erwerbslosen 800 000 Familienangehörige standen, standen schon am 1. Januar 1921 neben etwa 408 000 voll Erwerbslosen nicht weniger als 453 000 Familienangehörige. Heute ist also der Bruchteil, den die Familienmitglieder unter den voll Erwerbslosen bilden, sehr viel größer. Man lasse sich nicht durch zufällige Eindrücke täuschen, die gerade in Berlin bei den Demonstrationen der Erwerbslosen entstehen können. In diesen Demonstrationen nehmen freilich vielfach nicht die besten Elemente teil. Aber das Gros der Arbeitsscheuen und der Schein-arbeitslosen ist heute fast überall durch die verfeinerte Kontrolle ausgeschlossen. Und der Masse der Arbeitslosen, das wird immer wieder aus der Praxis heraus berichtet, fehlt es heute nicht an dem Willen, nur an der Möglichkeit zur Arbeit.

Die den arbeitswilligen, aber arbeitslosen Massen diese Möglichkeit wieder im Umfange der Vorkriegszeit geboten werden kann, wird unsere Volkswirtschaft schwere Umwälzungen durchlaufen müssen. Die öffentlichen Verwaltungen, vor allem das Reich und die Länder, werden sich nachdrücklich bemühen müssen, die Anpassung zu erleichtern. Auch die Volkswirtschaft, die unter dem Begriff der produktiven Arbeitslosenfürsorge zusammengefaßt werden, haben dieser Aufgabe zu dienen. Deshalb richten sie sich in erster Linie auf die Vermehrung innerheimischer Roh- und Betriebsstoffe und der heimischen Nahrungsmittel sowie auf die Verbesserung unserer Verkehrsmittel. Eine endgültige Lösung kann freilich das Problem der Arbeitslosigkeit durch die Arbeitslosenfürsorge nicht finden. Sein Schicksal hängt vielmehr davon ab, ob sich unsere Gegner von dem verhängnisvollen Irrtum des Friedensvertrages befreien können, der uns so unerträgliche Freilegen aufzwingt.

## Die Volkshaus Hardings.

H. Von unserer Berliner Redaktion wird uns gedacht:

Auf gestern Nachmittag war eine große Kabinettssitzung anberaumt, die sich vor allem mit der Reparationsfrage und mit den Plänen Dr. Simons beschäftigten sollte. Selbstverständlich mußten auch die neue Volkshaus des amerikanischen Präsidenten Harding und die neuen Drohungen des französischen Ministerpräsidenten Briand dabei erörtert werden. Die Sonderkommission Hardings an den amerikanischen Kongress enthält vor allem als Hauptpunkt für uns die Empfehlung eines sofortigen Friedensschlusses mit Deutschland und die Ablehnung des Völkerverbundes in seiner jetzigen Gestalt. Der Eindruck, den der Text der Rede zunächst macht, läßt eine vorläufige Zurückhaltung und eine sehr geschickte Betonung der besonderen amerikanischen Interessen bei allen positiven Erklärungen und bei aller Ablehnung erkennen. Harding unterreicht, daß der Verzicht auf den jetzigen Völkerverbund seine Verlangung der idealen Weltordnung des amerikanischen Volkes zur Schaffung einer Friedensgesellschaft der Nationen bedeutet. Er sei aber gerade deshalb ungeeignet, weil er von einer bestimmten Interessengruppe gebildet sei. Das ist zweifellos eine etwas bittere Stelle für Paris und London. Es wird zu gleicher Zeit doch aus dem Vorgesetzten, daß Amerika sich dem schon bestehenden Friedensvertrag in Europa angeschlossen hätte, wenn alle Vorbehalte hätten erwidert werden können, die die amerikanische Freiheit und Interessen sichern.

Als: Die Vereinigten Staaten halten den Versailler Frieden sowohl wie den Völkerverbund für die eigenen politischen Bedürfnisse und eigenen Interessen nicht günstig genug, was besonders wohl in wirtschaftlicher Hinsicht gemeint ist. Außerdem hatten sie beide auch nicht als besonders glücklich und gerecht, ohne aber den Grundforderungen der Alliierten über die Verpflichtungen Deutschlands aus dem Versailler Vertrag entgegenzutreten. Harding will sich den Alliierten gegenüber eben freie Hand wahren, aber auch die freundschaftliche, durch die Kriegsgemeinschaft gebildete Verbindung keineswegs aufgeben. Freie Hand in allen Rechten Amerikas soll also durch die Herstellung des positiven Friedenssystems mit Deutschland gesichert werden. Die Friedensresolution soll zugleich aber auch ein gemeinsames Vorgehen in der Wiederherstellung Europas ermöglichen. Man muß diesen letzten Satz der amerikanischen Antwort auf das letzte deutsche Memorandum zusammenhalten, um die Atmosphäre und die Möglichkeiten der von Dr. Simons in Bern angebotenen neuen Schritte zu erkennen. Es ist selbstverständlich, daß die deutsche Regierung auch wenn sie sehr direkt neue Reparationsverhandlungen zum Beweis des deutschen guten Willens an die Alliierten vorbereitet, die gesamte internationale Konstellation genau unterrichtet hat und dauernd berücksichtigt.

## Sitzung des Reichskabinetts.

(Eigener Drahtbericht.)  
w. Berlin, 13. April. Das Reichskabinetts hat in seiner heutigen Sitzung die politische Lage eingehend erörtert. In deren Beurteilung ergriff sich Einmütigkeit.

## Perinax ist überrascht.

(Eigener Bericht.)  
w. Paris, 13. April. Der Vorkriegszeit des Präsidenten Harding lag Perinax, was die Zukunft anbetrafte, so habe man nicht geglaubt, daß Präsident Harding schon gestern dem Wünsche Ausdruck geben würde, den theoretischen Kriegszustand zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland beendet zu sehen. Man habe geglaubt, der Präsident wolle Zeit gewinnen, um sich mit den Alliierten auseinanderzusetzen. Man sehe aber jetzt, daß die Senatoren des auswärtigen Ausschusses den Sieg davon getragen hätten. Perinax findet den Grund darin, daß Frankreich versucht habe, bei der amerikanischen Regierung für den Völkerverbund und den geplanten Frieden einzutreten, anstatt aus der Erklärung Knox den beimöglichen Nutzen zu ziehen.

## Die Reparationskommission vor endgültigen Entschcheidungen.

(Eigener Drahtbericht.)

w. Paris, 13. April. Die Reparationskommission erklärt, daß sie die Anhörung der deutschen Delegation über die Festsetzung der deutschen Schuld genehmigt habe. Die Schadenersatzfälle, welche von den verschiedenen Mächten eingebracht worden seien, wurden sämtlich der deutschen Delegation zwischen dem 9. und 20. Februar weiter gegeben. Der Kommission sind über 120 deutsche Denkschriften zu den Schadenersatzfällen ausgegangen. Sie hat außerordentlich viele andere Nachfragen der deutschen Delegation nach näheren Einzelheiten beantwortet. Andererseits hat sie den deutschen Sachverständigen die Möglichkeit gegeben, mit den Sachverständigen der Verbandsmächte zusammen zu kommen, um gemeinsam die Schadenersatzansprüche durchzuprüfen. Schließlich hat sie in insgesamt 20 Sitzungen vom 22. März bis 12. April die Deutschen selbst angehört. In der nächsten Sitzung wird die Kommission endgültig den Betrag der Schadenersatzleistung festsetzen, welche Deutschland gemäß dem Friedensvertrag zahlen soll.

w. Paris, 13. April. (Eig. Drahtbericht.) Die Schritte für Erhebung von Klagen auf Gewährung einer Entschädigung für die aus der Aufrechterhaltung von Vorkriegsverträgen ermachenden Nachteile (§ 299 Teil B Abs. 2 des Friedensvertrages) sind in teilweiser Berücksichtigung eines Antrages des Reichsverbandes der Deutschen Industrie nunmehr beim französisch-deutschen Gerichtshof bis 15. Juli 1921 und beim deutsch-belgischen Gerichtshof bis 1. Januar 1922 verlängert worden.

## Verzögerung der Ausstellung der Schadenersatzforderungen.

(Eigener Drahtbericht.)

w. Berlin, 13. April. Nach den vorliegenden Nachrichten ist es ausgeschlossen, daß die Reparationskommission mit der Ausstellung der Schadenersatzforderungen für Deutschland auf den 1. Mai fertig werden wird. Im letzten Augenblick haben sich Schwierigkeiten ergeben. Die deutschen Sachverständigen haben eingehend begründete Einwendungen erhoben, denen sich die Kommission nicht ohne weiteres verschließen könne und deren eingehende Prüfung zugestanden werden muß.

## Eine Erfindung der französischen Presse.

(Eigener Drahtbericht.)

w. Bern, 13. April. Ein Teil der französischen Presse hat die Nachricht verbreitet, der deutsche Außenminister Dr. Simons habe bei seinem Besuche in Bern den Bundesrat ersucht, die Vermittlung zwischen den Alliierten und Deutschland in der Reparationsfrage zu übernehmen. Nach Erkundigungen der schweizerischen Depesch-Agentur bei den zuständigen Stellen beruht diese Nachricht auf reiner Erfindung.

## Die bayerische Einwohnerwehr.

(Eigener Drahtbericht.)

w. München, 13. April. Im Finanzanschuß des bayerischen Landtages wurde heute die Einwohnerwehrdebatte fortgesetzt. Staatssekretär Schwenner stellte fest, daß die gegenwärtige Stärke der Einwohnerwehr 20 000 Mann betrage. An Waffen seien vorhanden 24 000 Gewehre und Karabiner, 2780 Maschinengewehre, 44 leichte Geschütze und 34 leichte Maschinengewehre. In dieser Bewaffnung der Einwohnerwehr, die übrigens vorschriftsmäßig angemeldet worden sei, liege keine politische Gefahr. Eine Verminderung außerhalb des Landes sei ausgeschlossen. Die Notwehrmaßnahme der Einwohnerwehr würde angebrochen werden, sobald die staatlichen Sicherheitsbehörden soweit gekräftigt sind, daß sie als entscheidend erscheinen könne. In der Aussprache polemisierte ein sozialdemokratischer Abgeordneter gegen die Einwohnerwehr als einseitige Kampforganisation und gegen die Politik der bayerischen Regierung, deren Folgen seine Partei ablehnen müsse, während die bürgerlichen Abgeordneten den Standpunkt vertraten, daß die Einwohnerwehr erhalten bleiben müsse.

## Erzählmänner und Verhältniswahl.

Von Amtsrichter Dr. Guido Lefler,  
Mitglied des Bad. Landtags.

Es ist zweifellos ein Nachteil eines streng gebundenen Stimmzettels bei der Verhältniswahl, daß im Falle des Ausbleibens eines Gewählten für die noch übrige Amtsdauer an die Stelle des Abgegangenen immer der gleiche Vorkandidat angehörnde nächste Bewerber tritt. Denn häufig wird ein so bestimmter Erbsmann gar nicht in der Lage sein, den Ausgeschiedenen wirklich zu ersetzen, weil er einem ganz anderen beruflichen und sozialen Milieu entstammt. Besonders in den Gemeindefolgen, und dort naturgemäß in erster Linie im Gemeinderat, ist aber das Vorhandensein von Vertretern bestimmter Berufsstände außerordentlich wünschenswert. Es hat in Mannheim und darüber hinaus berechtigtes Bedauern hervorgerufen, daß es trotz besten Willens der nächstfolgenden Bewerber nicht möglich war, nach dem Ableben eines so hervorragenden Führers von Handel und Industrie wie des Geheimrats Emil Engelhard wieder einen Angehörigen dieser Berufsreihe in den Stadtrat eintreten zu lassen. Aber auch in parlamentarischen Kollegien besteht ein ähnliches Bedürfnis. Im Badischen Landtag haben sich wiederholt weibliche Mitglieder, die bei der allgemeinen Wahl in die Volkswahlrechtlich berufen worden waren, zur Niederlegung ihres Mandats genötigt gesehen, ohne daß an ihre Stelle eine ihrer Geschlechtsangehörigen getreten wäre. Mancherorts, so in Karlsruhe, sind für die Gemeinderatswahl Abreden unter den Gruppen des Bürgerausschusses getroffen, die geeignet sind, solchen Mischständen zu begegnen: Es werden bei der ordentlichen Wahl keine Erbsmänner bestimmt, und es wird in jedem Einzelfall der Gruppe, der der Ausgeschiedene angehört hat, das Recht eingeräumt, den Ersatzmann zu bezeichnen, der dann auch von den Angehörigen der übrigen Gruppen vereinbarungsgemäß zu wählen ist. Aber solche Abreden lassen sich berechtigenweise nicht überall und unter allen Verhältnissen treffen.

Bei der zweiten Ausschußberatung des Gesetzesentwurfes einer badischen Gemeindeordnung habe ich daher dieser Lage angetastet, eine gesetzgeberische Regelung zu treffen, um den beschriebenen Nachteil nach Möglichkeit zu vermeiden. Eine richtige Fassung zu finden, war nicht leicht. In einem Unteranschuß, der mit zu diesem Zwecke eingesetzt war, ist dies aber den Bestimmungen des Regierungsausschusses Ministerialrat Dr. Bender gelungen und seine in der Folge noch verbesserte Formulierung hat schließlich die einstimmige Billigung des Gesamtausschusses gefunden. Danach soll es künftig beim Ausbleiben eines Gemeinderats oder Gemeindeverordneten zulässig sein, daß die zunächst berufenen Ersatzleute für den einzelnen

Die heutige Nummer unseres Blattes umfaßt 10 Seiten.

Fall zugunsten eines nachfolgenden Ersatzmannes oder zugunsten der Wahl des Ersatzmanns durch die Gemeindevorordneten (in den kleinen Gemeinden bis zu 200 Einwohnern durch den Gemeindevorstand) zurücktreten. Ist ein als geeignet erscheinender Ersatzmann auf einem späteren Platz der Liste vorhanden, so genügt also eine entsprechende Erklärung der zunächst Berufenen, daß sie für diesen einzelnen Fall zu seinen Gunsten zurücktreten. Erscheint keiner der Ersatzmänner geeignet oder handelt es sich etwa darum, die Wahl eines „neuen Mannes“ zu ermöglichen, so lautet die Erklärung der Ersatzmänner dahin, daß sie für den einzelnen Fall zugunsten der Wahl des Ersatzmanns durch die Gemeindevorordneten (in den genannten kleinen Gemeinden durch den Gemeindevorstand) zurücktreten. Die letztere Erklärung werden sie naturgemäß nur abgeben, wenn sie infolge von Vereinbarungen mit den anderen Gruppen Gewißheit darüber erlangt haben, daß derjenige, zu dessen Gunsten sie handeln, auch unabweislich gewählt werden wird. Die Erklärung hat nur die Bedeutung eines Mandatsverzichts für den betreffenden Fall, nicht die eines allgemeinen Mandatsverzichts. Darin liegt der wesentliche Fortschritt gegenüber den bisherigen Möglichkeiten. Der Ersatzmann Landwirt C. ist zwar möglicherweise ein ungeeigneter Ersatzmann für den Fall des Ausschlebens des Rechtsanwalts A., er wird aber gewiß ein geeigneter, ja öft der einzig geeignete Ersatzmann im Falle des späteren Ausschlebens des Landwirts B. sein.

Die Einzelheiten des Verfahrens, insbesondere Form und Frist für die Erklärung der Ersatzmänner, wird die Vollzugsordnung zu regeln haben. Schon jetzt aber schien es angezeigt, der weiteren Öffentlichkeit von der neuen Bestimmung, die der Landtagsausschuß heute beschlossen hat, und von den Erwägungen, die zu diesem Beschluß geführt haben, Kenntnis zu geben. Dies um so mehr, als sich, wie bereits angedeutet, die Aufnahme einer gleichartigen Vorschrift auch für parlamentarische Wahlen wohl empfehlen könnte.

**Die neun Punkte Harding's.**

Washington, 13. April. Die Vorkchaft des Präsidenten Harding an den Kongress enthält folgende Vorschläge:

- 1. Sofortige Beendigung einer Rottaristengesetzgebung.
  - 2. Maßnahmen zwecks wirksameren Betriebes der Eisenbahnen und Herabsetzung der Kosten.
  - 3. Schaffung besserer Straßen.
  - 4. Maßnahmen zur Regelung und Förderung des Meeres- und des Zivillugverkehrs.
  - 5. Schaffung und Aufrechterhaltung einer großen amerikanischen Handelsmarine.
  - 6. Maßnahmen, um in praktischer Weise den ehemaligen Kriegsteilnehmern die Dankbarkeit des Landes zu zeigen.
  - 7. Neuorganisation des Steuerwesens.
  - 8. Methodische und allmähliche Liquidierung der Kriegsschulden des Landes.
  - 9. Allgemeine Verminderung der Kosten für die Regierung.
- Die Vorkchaft enthält auch eine Verurteilung der Vorkchaft des Präsidenten Harding heißt es im einzelnen:
- Die Dringlichkeit eines sofortigen Tarifniedergelages kann nicht genug hervorgehoben werden. Ich habe keine Sympathie mit der Idee, daß eine Zölle eingeführter Waren die Kosten des Lebensunterhaltes herabsinken werden, aber wird dadurch unsere Kaufkraft gefördert. Eine Revision des Tarifgesetzes muß auf eine Schutzpolitik gegründet sein. Die Ausdehnung der im Besitz Amerikas befindlichen und von ihm betriebenen Kabeln und Radiosysteme muß gefördert werden.

**Theater und Musik.**

Ein Schauspiel von Kopehne. Unser Berliner Schauspielerjournalist schreibt: Seine Aufsätze sind nie gestorben, sie leben ein Jahrhundert lang in den „Originalromanen“ der Späteren, und die besten, voran die „Deutschen Kleinräuber“, tauchen wieder in ihren Urgefallen auf. Doch nur ganz selten erinnert sich noch eine Bühne der ersten Dramen Kopehnes, die einst die Welt eroberten und durch ein halbes Jahrhundert beherrschten. Das Experiment folch einer Wiederführung machte jetzt das Berliner Hoftheater mit dem vieraktigen Schauspiel „Die Strindadeln“, das, 1805 geschrieben, bis ungefähr 1800 viel gegeben wurde. Auch unter der Direktion Goethes im Weimarer Theater. Rüdert ist im Irrtum, wenn er die Entstehung der „Strindadeln“ auf eine Bekanntschaft mit Kopehne zurückführt. Die literarische Anekdote wird von Kopehne selbst im Vorwort zu den „Strindadeln“ richtig erzählt: Einmal sah Kopehne mit seinem Freunde, dem Schriftsteller A. G. Weigner (Verfasser der einst vielgelesenen „Skizzen“) um die Tore von Leipzig spazieren gegangen und habe sich in mühseliger Fröhlichkeit vernehmen, ein Schauspiel zu machen. In diesem Augenblick habe Weigner eine Strindadel vom Wege aufgehoben und sie Kopehne gereicht. Das spricht für die fabelhafte Beweglichkeit Kopehne'scher Phantasie, aber daß das Schauspiel erst einige Jahre später geschrieben wurde, rettet dem Stück meinen Glauben an eine bessere Dichtung. Die „Strindadeln“ sind ohne Zweifel ein interessantes Schauspiel. Man wurde dessen bei der Ausgrabung mit wachsendem Respekt inne. Der Eindruck war lebhaft, der Beifall nicht minder. Weitläufiger jedoch wäre der Gewinn gewesen, hätte ein Bearbeiter es verstanden, das Stück von modernen Behängen und von dem sentimentalen Ballast zu befreien. Zart und verständlich müßte eine solche Hand zu Werke gehen und beliebt nicht den Zeitspiegel trüben.

denn es ist wesentlich, daß unsere Kaufleute die größten Verbindungsmöglichkeiten und die Vorteile haben, die der Dienst zu vernünftigen Gebühren bietet.

Die Stelle in der Vorkchaft, die sich mit der äußeren Politik befaßt, lautet wie folgt: An dem augenblicklichen Bund einer Weltregierung mit seinen Lebervollmachten wird unsere Republik keinen Teil haben. Es kann hier keine Mißdeutung geben. Einen Verrat an dem wohlwollenden Willensausdruck des amerikanischen Volkes bei den letzten Wahlen wird es nicht geben, und es ist sehr schwer, der Welt im allgemeinen und unseren Alliierten im Kriege im besonderen zu erklären, daß der Völkerverbundsvvertrag unsere Genehmigung nicht erhalten kann. Ganz offenkundig wurde das höchste Ziel des Völkerverbundes dadurch hingestellt, daß der Bund mit dem Friedensvertrag perfektet und dadurch zum Zwangsmittel der Sieger im Kriege wurde. Die fundamentalen Ziele, die jede solche Vereinigung zu erreichen sucht, können nicht geändert, solange diese Vereinigung das Organ eines besonderen Vertrages ist oder zur Erreichung der besonderen Ziele irgend einer Nation oder einer Gruppe von Nationen bestimmt ist. Das bei den Wahlen gegebene Versprechen, nach einem Verbände der Nationen zu streben, wird tren gehalten werden.

Mit Bezug auf die Frage eines Sonderfriedens mit Deutschland billigt Harding die Wendung des technischen Kriegszustandes mit den Zentralmächten Europas durch eine ausdrückliche Resolution des Kongresses mit der Maßgabe, daß alle Rechte der Vereinigten Staaten dorthin gewahrt werden. Die Vereinigten Staaten stehen als einzige unter den alliierten und assoziierten Mächten noch im technischen Kriegszustand mit den Mittelmächten. Diese anormale Lage darf nicht weiter fortdauern, und um technisch ohne Verzug den Friedenszustand herzustellen, würde ich eine diesbezügliche erklärende Entschließung des Kongresses mit den Einschränkungen, die notwendig sind, um alle unsere Rechte zu schützen, gutheißen. Eine solche Aktion könne in keiner Weise als Desertion von denen angesehen werden, mit denen wir im Kriege gemeinsam unsere Opfer gebracht haben, denn diese Mächte befinden sich bereits im Friedenszustand. Eine solche Entschließung sollte nichts weiter als den Friedenszustand erklären, den ganz Amerika fordert.

Es würde unklug sein, eine Darlegung über die zukünftige Politik mit Bezug auf die europäischen Angelegenheiten in einer solchen Erklärung des Friedenszustandes zu machen. Wir würden sonst bei der Verbesserung der Fehler der vorliegenden Verträge, die beim Abschluß des wichtigen Vertrages in der Geschichte der Nation die festgesetzten Ergebnisse des Senats nicht anerkannte, was ebenso verwerflich ist, in das andere Extrem übergehen, wenn der Kongress oder der Senat die Funktionen der vollziehenden Gewalt an sich nehmen würde. Unsere höchste Pflicht ist die Wahrung der festgesetzten Vollmachten eines jeden und die Förderung dieses Geistes des Zusammenwirkens, der zum gemeinsamen Wohle so wichtig ist.

Es würde eitel sein, separate Friedensverträge mit den Mittelmächten zu schließen unter der Annahme, daß unsere Friedensverbindlichkeiten alle Weltbeziehungen und bereits erfolgten Regelungen nicht außer Acht lassen dürfen. Bei Wahrung unserer eigenen Rechte und bei der Festsetzung unserer zukünftigen Beziehungen würde als der glücklicste Weg die Annahme der Beibehaltung unserer Rechte und Interessen, wie sie der bereits bestehende Vertrag vorliegt, erscheinen, natürlich unter der Annahme, daß dies bestmöglich erreicht werden kann durch alle Vorbehalte und Änderungen, die unsere unbedingte Befreiung von nicht ratsamen Verpflichtungen sichern und alle unsere wesentlichen Interessen schützen. Weber der Kongress noch das Volk bedarf meiner Versicherung, daß ein Erlauchen um Unterhandlungen über die

früheren Verträge, die notwendig sind, ebenso überflüssig und unnötig ist wie technisch unwirksam.

Harding erklärt weiter: Der Anteil Amerikas bei der Neuordnung und Wiederherstellung könne nicht außer Acht gelassen und müßte genau bestimmt werden. Nachdem die Leberregierung des Bundes endgültig abgelehnt und der Welt mitgeteilt ist, und nachdem der Friedenszustand zu Hause erklärt worden sei, könne Amerika dazu übergehen, vertragliche Beziehungen abzuschließen, die so wesentlich seien für die Anerkennung der Rechte der amerikanischen Nation und von neuem den vollen Anteil bei der Befolgung des Friedens nehmen. Amerika habe keine Verpflichtungen bei der Schaffung der Ruhe in Europa. Diese Restauration müsse geschaffen werden, bevor jeder menschliche Anreiz wieder einsetzen könne. Hilfsbereitschaft, erklärte Harding, bedeutet jedoch nicht Vertragsverletzung, und Teilnahme an wirtschaftlichen Anordnungen bedeute nicht Bürgschaft für Vertragsverpflichtungen, die uns nicht betreffen und an denen wir keinen Anteil haben. In dem dringenden Wunsch, das Beste für unsere eigene Republik zu tun, um einen hohen Platz unter den Nationen aufrecht zu halten und zu gleicher Zeit vollständige Gerechtigkeit zu bieten, werden wir auf die praktischste Weise den Rat des Senats einholen, nachdem dieser mit allen den Bedingungen, denen Rechnung getragen, den Verpflichtungen, die erfüllt wurden, unseren Rechten, die geschützt werden müssen, bekannt gemacht worden ist.

Wir können der Menschheit keinen Dienst erweisen, bevor wir nicht von neuem unsere eigenen Fähigkeiten zum Zusammenwirken in der Anordnung der Verhältnisse, die die Befreiung verlangt, beweisen, und keinerlei Verträge können abgeschlossen werden, die unsere Verpflichtungen an die Kriegesführung außer Acht lassen. Für die Zukunft kann keine nützliche Gesellschaft der Nationen auf Gerechtigkeit gegründet und zum Frieden verpflichtet werden, bevor Verträge, die den Frieden wieder herstellen, von den Nationen besiegelt werden, die sich im Kriege befanden.

Zur Abrüstungsfrage äußerte Harding aus, er sehe dem Wunsch, die schwere Bürde der Rüstungen abzulagen, insofern gegenüber. Die Vereinigten Staaten seien bereit, mit den anderen Nationen an diesem Zweck zusammenzuwirken, aber die einfache Klugheit verbiete es den Vereinigten Staaten, allein abzurufen.

Harding sagte zum Schluß: Für die vollständige Wiederherstellung des Friedens und zur Verwirklichung der amerikanischen Bestrebungen nach einem Verbände der Nationen zur Unterföhrung der Welt ohne Weltregierung werde er sich vorbereiten, indem er sich die hohen Privilegien und die überragende Pflicht der Vereinigten Staaten in dieser kritischen Periode der Welt vor Augen halte.

**Ein Nachtrag Reuters zur Vorkchaft des Präsidenten.**

(Eigener Drahtbericht.)

Washington, 13. April. Nach einer Reutersmeldung sagte Präsident Harding noch: Die Entschließung des Kongresses zu Gunsten eines Sonderfriedens dürfe keine Schwierigkeiten bieten bei der Durchführung der Reparationen und des Wiederaufbaues, nach dem sich ganz Europa sehne. Unsere Haltung bezüglich der Verantwortung für den Krieg und die Notwendigkeit der Reparation ist schon formell auf das ernste zum Ausdruck gebracht worden. Präsident Harding bemerkte, die Entschließung des Kongresses habe den Friedenszustand wieder hergestellt und bezeichnet es als unmöglich, die bereits getroffenen Abmachungen zu ignorieren. Er sagte, es würde klüger sein, die Anerkennung der amerikanischen Rechte und Interessen anzunehmen, wie sie unter den bestehenden Verträgen vorgelesen seien mit den Vorbehalten, die die vollkommene Freiheit gegenüber den ratsamen

(dieses Wort ist im Original verkleinert übermittelt) Verpflichtungen sichern. Wenn der Völkerverbund endgültig abgelehnt werde, könnten wir in Verhandlungen zur Herbeiföhrung der vertraglich festgesetzten Beziehungen eintreten, die wesentlich sind zur Sicherung unseres Rechtes.

**Deutsches Reich.**

**Die Regierungsbildung in Preußen.**

Gestern vormittag brachten Berliner Blätter folgende Ministerliste: Präsidium u. Volkswirtschaft: Steinerwald; Justiz: Baezel; Arbeit: Fischer; Finanzen: ein Beamter; ebenso Landwirtschaft. Braun dürfte als Minister ohne Vorlesung den Reichstag vertreten; er werde wahrscheinlich die Angelegenheiten im Staatsministerium übernehmen. Gleichzeitig soll er mit der Vertretung der preussischen Regierung im Reichstag betraut werden und damit gemäß dem Plan des Reichsministers auch die Verbindung zwischen der preussischen Staatsregierung und der Reichsregierung aufrecht erhalten. Am Laufe des gestrigen Nachmittags trat dann bei uns die Mitteilung ein, daß diese Liste nicht als endgültig bezeichnet werden könne. Besonders bei der Deutschen Volkspartei haben sich Widerstände gegen eine solche Kabinetszusammensetzung geltend gemacht. Der „Deutschen Wk. Ztg.“ zufolge hat Ministerpräsident Seegerwald Verhandlungen mit der Deutschen Volkspartei angestellt; es soll durch eine direkte Aussprache zwischen der Deutschen Volkspartei und der Sozialdemokratie ein letzter Versuch gemacht werden, die Gegensätze zu überbrücken. Gelinge das nicht, so dürfte dem obigen Worte zufolge das Verbleiben Seegerwalds, das Kabinet zu bilden, als gescheitert anzusehen sein.

Vor Schluß des Blattes erhalten wir von unserer Berliner Redaktion noch folgende Drahtmeldung: Ministerpräsident Seegerwald ist auch am Mittwoch mit der Bildung eines preussischen Kabinetts nicht fertig geworden. Die Sozialisten, die die Deutsche Volkspartei, wie die Sozialdemokraten machen, sind bisher, wie es scheint, unüberwindlich. Die Deutsche Volkspartei hat erklären lassen, daß neue Bemühungen von ihr nicht mehr unterstützt werden können, da Ministerpräsident Seegerwald den Sozialdemokraten zu viel Konzessionen gemacht habe. Seegerwald wendet sich der Widerstand der Deutschen Volkspartei gegen den Wiedertritt des Herrn Seegerwald an das Kabinet. Andererseits macht sich auch in den Reihen der alten Koalition ein Widerstand gegen die Einleitung der Ministerliste geltend. Besonders die Sozialdemokraten sind mit der Einleitung von nur 8 Ministerposten nicht einverstanden. Aus Streifen der Deutschen Volkspartei wird mitgeteilt, daß die Partei an ihrem Standpunkt festhält, aus der Reichsministerien auscheiden zu wollen, wenn sie nicht in die preussische Ministerkonkussion einbezogen werde. Seegerwald wird nun neue Verhandlungen mit den Parteiföhrern haben, um einen Ausweg aus der kritischen Lage zu finden.

**Vom Reichstag.**

In der gestrigen Sitzung des Reichstages machte Reichstagspräsident Vosse den Vorkschuß, sofort beim Zusammentritt des Reichstages eine interfraktionelle Konferenz der Abgeordneten aller Parteien zur Beforderung der Frage der Vorkschuß der Föhrung gemeinsam mit den Dringlichkeit der Zeitungsverleger abzuhalten. Dieser Vorkschuß wurde von allen Parteien gebilligt. Die frühere Einberufung des Reichstages wurde abgelehnt, die Unabhängigen beantragt hatte. Dagegen wurde beschloffen, auf die Tagesordnung der ersten Sitzung des Reichstages den kommunikativen Antrag über die Freilassung des Abg. Thomas und den Unabhängigen Antrag auf Aufhebung der Sondergerichte zu setzen.

**Gegen die Aufhebung der Zwangswirtschaft.**

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, der Allgemeine freie Angestelltenbund und der Deutsche Bauernbund haben beim Reichsbernährungsministerium ein gemeinsames Protest schreiben erlassen, das bei der Neuorganisation der Zwangswirtschaft für das neue Wirtschaftsjahr die Zwangswirtschaft aufgehoben oder auch nur ein Teil des Brotgetreides zum Verbrauch freigegeben werde, da dies eine erhebliche Verbesserung des Preises zur Folge haben würde. Die Verbände fordern weiterhin an der Zwangswirtschaft die Fortsetzung der Kontrolle. Sollten diese Forderungen unberücksichtigt bleiben, so lehne der Verband jede Verantwortung für die dann unausweichlichen Lohn- und Gehaltsforderungen und die daraus sich ergebenden Kämpfe ab.

**Der mecklenburgische Landtag**

hat den Antrag der Deutsch-Nationalen Volkspartei, die Fortsetzung des Strafverfahrens zu genehmigen, das das Steueramt gegen den Deutsch-Nationalen Abg. Dett-

**Kunst und Wissenschaft.**

Erwerbungen von Dürers Selbstbildnis für den Louvre. Der Louvre hat jetzt den bedeutendsten Ankauf machen können, der ihm seit langem gelungen ist: er erwarb das Selbstbildnis Albrecht Dürers von 1493, das zuletzt dem Baron Vilsroy gehörte. So sehr zu bedauern ist, daß das Werk seinerzeit, als es aus der Leipziger Sammlung Eugén Felix verkauft wurde, nicht für Deutschland gefordert worden konnte — es kam damals zu Leopold Goldschmidt nach Paris — so darf man sich doch darüber freuen, daß es nun im Louvre unsere große alte Kunst vertreten kann, der sonst nicht gerade viele große Werke deutscher Malerei besitz, von Solheim abgesehen. Im Leipziger Stadtmuseum befindet sich ein Kopie jenes Selbstbildnisses, die um 1600 gemacht ist.

Technische Hochschule Karlsruhe. Dem Lehrer am Konservatorium der Landeshaushalt Karlsruhe, Dr. Rudolf Bellardi ist mit Wirkung vom Wintersemester 1921/22 ein Lehrstuhl über die Abhaltung einer zweitägigen Vorlesung über theoretische Musiklehre erteilt worden.

Personalien. Wie wir hören, sind in der med. Fakultät der Universität Königsberga der ord. Honorarprofessor Geh. Med.-Rat Dr. Julius Schreiber, Direktor an der med. Poliklinik, sowie die o. Professoren Geh. Med.-Rat Dr. Hugo Falkenstein, Direktor der Klinik und Poliklinik für Kinderkrankheiten, Geh. Med.-Rat Dr. Georg Buppe, Direktor des Instituts für gerichtliche Medizin, Dr. Robert Scholz, Direktor der Poliklinik für Haut- und Geschlechtskrankheiten, Geh. Med.-Rat Dr. Paul Sauer, Direktor der Klinik und Poliklinik für Gynäkologie, Geburt und Säuglingskrankheiten und Dr. Paul Adloff, Direktor des schmerzärztlichen Instituts, zu ord. Professoren ernannt worden. — Der langjährige Vertreter der historischen Theologie an der Theol. o. phil. Fakultät, Geh. Konsistorialrat Prof. Dr. theol. u. phil. Wilhelm Balogh, ist zum 1. April d. J. von der Versetzung zurückgerufen worden, entbunden worden. — Bei nichtplanmäßiger a. o. Professor in der philosophischen Fakultät der Universität Leipzig, Dr. Otto Schulz ist zum planmäßigen a. o. Professor der Hilfswissenschaften auf dem Gebiete der alten Geschichte in dieser Fakultät ernannt worden.

ein drahtföhrer, ziemlich bitterer Humor, eine Welt sah ruhrender Vorurteile und das sogenannte Herz auf der Zunge, das sich nicht immer herzlich äußert. In dieser Pfadstrolche war die Zeit- und Menschenkunde der prächtigen Rosa Schuffel zu bewundern. Hermann Riensl.

Volkshausspiele in einem jüdischen Wallfahrtsort. Aus Glatz wird uns geschrieben: Einige Kilometer abseits von der Heuscheuerbahn Mittelsteine-Wünschelburg liegt malerisch an einem munteren Gebirgsschloße, der aus dem felsengerichteten Heuscheuergebirge kommt, der berühmte Wallfahrtsort Alben Dorf, das schon im Mittelalter berühmte „jüdische“ Jerusalem, in dem bis zum Kriege in jedem Jahre mehr als hunderttausend Wallfahrer aus Deutschland, Böhmen, Mähren, Oesterreich, Schlesien und Polen zusammenströmten. Im Juli 1918 konnte in diesem Wallfahrtsort das Jubiläum seines 700jährigen Bestehens gefeiert werden, aus welchem Anlaß eine der berühmten glänzenden Illuminationen der großartigen Wallfahrtskirche stattfand, die nach der Art des salomonischen Tempels in Jerusalem erbaut wurde. Der in Alben Dorf amtierende Pfarrer Zimmer hat sich schon seit Jahren als dramatischer Dichter mit Erfolg betätigt. Er verfasste zunächst das historische Schauspiel „Batesa“, dessen Stoff der heimtlichen Geschichte entnommen ist; es erlebte in Alben Dorf eine große Anzahl von Aufföhrungen durch Dilettantenkräfte, die sich der Pfarrer angeeignet hat. Im vorigen Jahre wurde das ebenfalls vom Pfarrer Zimmer verfasste Schauspiel „Das schöne Katherl“ aufgeföhrt, das wiederum schlesisches Volksleben schildert. Die „historischen Volkspiele“ in Alben Dorf, wie sie sich nennen, dauerten bis Ende September und hatten von weither viel Zulauf. In diesem Sommer werden sie wieder auf genommen werden. In Aussicht genommen ist das historische Volkspiel „Die Opferleine“, das schon vor vielen Jahren einmal unter gewaltigem Andrang des Publikums in Alben Dorf aufgeföhrt worden ist. Die Spiele werden wiederum durch Pfarrer Zimmer geleitet werden.

Er gerade hat kulturellen Sonderwert. In wenigen Bühnenwerken ist uns ein vergangener Alltag, das gesellig-sittliche Leben und Gebahren der Vorketern so zwanglos lebendig und niedlich erhalten. Die blinden Theaterbesucher sehen ja garnicht, wieviel des Brauchbaren aus den abgelegten Kopehne'schen Stücken von geschickten Dramaturgen zu holen wärel. Goethe hat einen Vink gegeben, als er den „Subgenie“, die „Vorkholener“ und den „Mömann!“ für das Weimarer Theater persönlich bearbeitete. Emil Vesting, einst Otto Wrahms Regisseur am Lessingtheater, behandelte sich bei seiner Inszenierung des alten Schauspiels mit einer tastvollen Dämpfung der Schauspieler, die er sonst in den sentimentalen, als in den komischen Momenten von verzerrten Lebertreibungen zurückhielt. Schon Goethe klagte, daß die Schauspieler die ihnen von Kopehne gebotenen Gelegenheiten gerne selbstgefällig ausnützen, und wir selbst haben wiederholt Aufföhrungen Kopehne'scher Lustspiele gesehen, bei denen unvernünftig die Parodie parodierte wurde. Im Hoftheater wurde mit strengem Eifer der Ernst gewahrt, und es ergab sich ein einfaches, durchaus wahres, seeliches Gemälde. In der Ehe eines fünfundvierzigjährigen mit einer Nachtgehörigen gewährt lächelnd der liebende und rüchthätigvolle Gatte der Jugend alle bunten Torheiten, während er, fern den Geräuschen der Welt, in banger Ergebenheit wartet, bis die Geliebte aus ihrem Karneval heimflattert. Amalie ländelt, umhüllt von Verführung, hart am Rande des Abgrundes. Diese Szenen sind sein und anmutig; nur die Rühr- und Wendungsstellen widersprechen einem feineren Geschmack.

In der dramatischen Behandlung des Gegenstandes hatte der weltferne Kopehne literarisch-sittliche Priorität. Neben der jungen Baonin, die von der bekannten Schauspielerin Eleonore Ehn mit Anmut, wenn auch ohne besondere Verklärung gegeben wurde, hat das Stück eine psychologische Figur, um deren willen besonders es lebenskräftig blieb: die Mutter des allgewidlen Gatten, die alte Landrätin v. Durlach. In ihr ist verkörpert, was man vor mehr als hundert Jahren die gute alte Zeit nannte,



**Fortsetzung**  
unseres

# Total-Ausverkaufs wegen Geschäftsaufgabe

**25% Rabatt.** Wir empfehlen die günstige Gelegenheit zum Kauf von guter und preiswerter, teils aus unseren Maßstoffen angefertigter Herren- und Knaben-Kleidung zu benützen, solange noch Auswahl vorhanden ist. **25% Rabatt.**

## SPIEGEL & WELS.

**Engros-Betrieb der Textilbranche sucht helle und trockene Lagerräume**  
ca. 800—1000 Quadratmeter zu mieten, ev. Kauf nicht ausgeschlossen. Nähe Hauptpost oder Hauptbahnhof bevorzugt. Angebote unter Nr. 5504 ins Tagblattbüro erbeten.

**Wohnungstausch Karlsruhe—Cassel.**  
Geräumige 3 Zimmer-Wohnung mit Mädchenkammer, Bad, Gas, elektr. in schöner Lage, Würdhardtstraße in Cassel, gegen ähnliche in Karlsruhe zu tauschen gesucht. Angebote unter Nr. 5491 ins Tagblattbüro erbeten.

**Mädchennetz sucht per sofort gut möbliertes Zimmer**  
mit elektr. Licht und Morgenkaffee in ruhigem Hause. Angebote unter Nr. 5489 ins Tagblattbüro erbeten.

**Zu vermieten**  
Gutgehende Wirtschaft per 1. Oktober evtl. früher an tüchtige Betriebsleute, am liebsten Westger, zu verpachten. Angebote unter Nr. 5502 ins Tagblattbüro erbeten.

**Wohnungstausch.**  
Infolge Verfeinerung meine 8 Zimmerwohnung (Seitlage ein modern. Herrschaftshaus nahe d. Mühlb. Tor, Elektr., Gas, große Diele, Vork., Mädchenzimmer, 2 Kammern, 2 Keller) gegen 5 od. 6 Zimmer in Herrschaftshaus, gut Lage, Angeb. unt. Nr. 5485 ins Tagblattbüro erbeten.

**Mädchen und Lokale**  
**Tausche**  
meinen Laden mit 3 Zimmer-Wohnung im Zentrum der Stadt gegen 4 bis 5 Zimmerwohnung. Angebote unter Nr. 5502 ins Tagblattbüro erbeten.

**Zimmer**  
Karlt. 25. Stb. III, ist ein Zimmer mit 3 Betten für 2 vermietet. Möbliert. Zimmer zu vermieten an soliden Herrn, Körnerstr. 4, III sofort aut möbl. Zimmer an solid. Herrn zu vermieten: Köhlerstr. 19, II.

**Plankuchac**  
Sehr preiswert  
**Soufflet-Proviant**  
fleischkonferven warm und kalt zu genießen  
per Dose 3.—  
6.— und 8.—  
Nur erhältlich in folgenden Verkaufsstellen:  
Karlsriedrichstr. 3 (am Marktplatz)  
Karlstraße 13  
Edelmannstr.  
Kaiserstr. 73  
bei der Poststraße  
**Plankuchac**

**Plankuchac**  
So lange Vorrat reicht!  
Sehr preiswert  
**Soufflet-Proviant**  
fleischkonferven warm und kalt zu genießen  
per Dose 3.—  
6.— und 8.—  
Nur erhältlich in folgenden Verkaufsstellen:  
Karlsriedrichstr. 3 (am Marktplatz)  
Karlstraße 13  
Edelmannstr.  
Kaiserstr. 73  
bei der Poststraße  
**Plankuchac**

**Plankuchac**  
So lange Vorrat reicht!  
Sehr preiswert  
**Soufflet-Proviant**  
fleischkonferven warm und kalt zu genießen  
per Dose 3.—  
6.— und 8.—  
Nur erhältlich in folgenden Verkaufsstellen:  
Karlsriedrichstr. 3 (am Marktplatz)  
Karlstraße 13  
Edelmannstr.  
Kaiserstr. 73  
bei der Poststraße  
**Plankuchac**

**Plankuchac**  
So lange Vorrat reicht!  
Sehr preiswert  
**Soufflet-Proviant**  
fleischkonferven warm und kalt zu genießen  
per Dose 3.—  
6.— und 8.—  
Nur erhältlich in folgenden Verkaufsstellen:  
Karlsriedrichstr. 3 (am Marktplatz)  
Karlstraße 13  
Edelmannstr.  
Kaiserstr. 73  
bei der Poststraße  
**Plankuchac**

**Plankuchac**  
So lange Vorrat reicht!  
Sehr preiswert  
**Soufflet-Proviant**  
fleischkonferven warm und kalt zu genießen  
per Dose 3.—  
6.— und 8.—  
Nur erhältlich in folgenden Verkaufsstellen:  
Karlsriedrichstr. 3 (am Marktplatz)  
Karlstraße 13  
Edelmannstr.  
Kaiserstr. 73  
bei der Poststraße  
**Plankuchac**

**Plankuchac**  
So lange Vorrat reicht!  
Sehr preiswert  
**Soufflet-Proviant**  
fleischkonferven warm und kalt zu genießen  
per Dose 3.—  
6.— und 8.—  
Nur erhältlich in folgenden Verkaufsstellen:  
Karlsriedrichstr. 3 (am Marktplatz)  
Karlstraße 13  
Edelmannstr.  
Kaiserstr. 73  
bei der Poststraße  
**Plankuchac**

**Plankuchac**  
So lange Vorrat reicht!  
Sehr preiswert  
**Soufflet-Proviant**  
fleischkonferven warm und kalt zu genießen  
per Dose 3.—  
6.— und 8.—  
Nur erhältlich in folgenden Verkaufsstellen:  
Karlsriedrichstr. 3 (am Marktplatz)  
Karlstraße 13  
Edelmannstr.  
Kaiserstr. 73  
bei der Poststraße  
**Plankuchac**

**Plankuchac**  
So lange Vorrat reicht!  
Sehr preiswert  
**Soufflet-Proviant**  
fleischkonferven warm und kalt zu genießen  
per Dose 3.—  
6.— und 8.—  
Nur erhältlich in folgenden Verkaufsstellen:  
Karlsriedrichstr. 3 (am Marktplatz)  
Karlstraße 13  
Edelmannstr.  
Kaiserstr. 73  
bei der Poststraße  
**Plankuchac**

**Plankuchac**  
So lange Vorrat reicht!  
Sehr preiswert  
**Soufflet-Proviant**  
fleischkonferven warm und kalt zu genießen  
per Dose 3.—  
6.— und 8.—  
Nur erhältlich in folgenden Verkaufsstellen:  
Karlsriedrichstr. 3 (am Marktplatz)  
Karlstraße 13  
Edelmannstr.  
Kaiserstr. 73  
bei der Poststraße  
**Plankuchac**

**Plankuchac**  
So lange Vorrat reicht!  
Sehr preiswert  
**Soufflet-Proviant**  
fleischkonferven warm und kalt zu genießen  
per Dose 3.—  
6.— und 8.—  
Nur erhältlich in folgenden Verkaufsstellen:  
Karlsriedrichstr. 3 (am Marktplatz)  
Karlstraße 13  
Edelmannstr.  
Kaiserstr. 73  
bei der Poststraße  
**Plankuchac**

Auf meiner letzten Einkaufsreise hatte ich Gelegenheit, große Posten Damen-Konfektion zu erwerben, welche von heute ab zu ganz außergewöhnlich billigen Preisen zum Verkauf gelangen.

**Enorme Auswahl! Nur Qualitätsware!**

**Imprägnierte Mäntel,** covercoatartig, 130 cm lang 175.—  
**Covercoatmäntel,** imprägniert, 130 cm lang 195.—  
**Popeline u. Ripsmäntel** imprägn., marine, grün, schwarz, lila und buche, 130 cm lang 225.—  
**Halbseidene Mäntel,** klein kariert, 130 cm lang 295.—  
**Seidene Mäntel,** imprägniert, beste Schirmschleife, grün, schwarz, marine, buche, lila 395.—  
**Kostüme,** gemasterte und einfarbige Stoffe, 275.— un-marine, schwarz lila und grün Cheviot, Jacke auf Halbseide 175.—  
**Kostüme,** reinw. Cheviot, schwarz, marine, lila, rot Jacke ganz auf Halbseide 345.—  
**Kostüme,** reinw. Cheviot, schwarz, marine, lila, rot Jacke ganz auf Halbseide 495.—  
**Kostüme,** reinw. Gabardine, in allen Farben, Jacke ganz auf Halbseide 750.—  
**Mantelkleider** reinw. Kammgarn u. Cheviot in vielen Farben, reich bestickt, 395.— und 295.—  
**Kostümröcke** gemasterte und einfarbige Stoffe 45.—

**Seidene Strickjacken und Jumper**  
neueste Formen und Farben in größter Auswahl.

**M. Schneider** Inhaber: H. Kahl  
Erbprinzenstraße 31. Ludwigsplatz.

**TAUSCH!**  
Herrschaftshaus gegen Villa

Freistehendes, völlig neues Herrschaftshaus in bestem Zustande, erste Wohnlage von Karlsruhe, mit drei Fünfstückerwohnungen, davon eine sofort beziehbar; ausgebaut als Wohnung verwendbare Mansarde. Zu tauschen gesucht gegen Einfamilienhaus oder Villa in schöner freier Lage mit 8—10 Zimmer. Nur direkter Verkehr mit dem Besitzer erwünscht. Discretion zugesichert. Vermittler verboten. Angebote mit genauer Bezeichnung des Objektes und Preisangabe unter Nr. 5495 ins Tagblattbüro erbeten.

**Zu verkaufen.**  
Eine noch sehr gut erhaltene  
**Hochdruck-Dampfmaschine**  
von 30 effektiven Pferdestärken für 6 Hm. Ueberdruck, mit Schiebersteuerung, direkt durch den Regulator beeinflusst, mit einer Tourenzahl von 70—75, sowie ein  
**Kornwall-Kessel**  
mit Planroststeuerung von 35 qm Heizfläche, 6 Hm. Ueberdruck, Länge des Kessels 6700 mm, Durchmesser 1695 mm, sind mit Zubehör, ohne Mauerwerk, ab Standort zu verkaufen. Zu erfragen im Tagblattbüro.

**Herde,** 2 u. 3 Koch, sind billig zu verkaufen: Weidenstr. 12.  
**Schäber, weißer Herd** 800 Mark, lila, gute Nähmaschine  
150 Mark zu verkaufen. Werner, Schützenstr. 55.  
Starker apocrit. Sand- od. Anstrichmasse mit Federn, ca. 15 Zentner Franzl., und 50 Stück Bohnenkuchen zu verl. Anzeigen. Eisenbahnstraße 14, Hint.  
Gerrenrad, wie neu, zu verkaufen: Weidenstr. 12.  
Tennislager, 2 u. 3 Stbd., mehrere gebrauchte  
**Herde,** 2 u. 3 Koch, sind billig zu verkaufen: Weidenstr. 12.  
**Schäber, weißer Herd** 800 Mark, lila, gute Nähmaschine  
150 Mark zu verkaufen. Werner, Schützenstr. 55.  
Starker apocrit. Sand- od. Anstrichmasse mit Federn, ca. 15 Zentner Franzl., und 50 Stück Bohnenkuchen zu verl. Anzeigen. Eisenbahnstraße 14, Hint.  
Gerrenrad, wie neu, zu verkaufen: Weidenstr. 12.  
Tennislager, 2 u. 3 Stbd., mehrere gebrauchte

**Donnerstag und Freitag eintreffend:**  
**Kabeljau** Pfund 1.50  
im Ausschnitt 1.80  
**Bücklinge** Pfd. 3.— — **Barsche**  
(Fischverkauf im Laden links.)  
**Gemüse- u. Obstkonserven**  
Bohnen . . . 2 Pfd.-Dose 4.—  
Erbsen jung . . . 2 Pfd.-Dose 5.85  
Erbsen jg., mittelfein 2 Pfd.-Dose 8.60  
Winter-Kohl . . . 2 Pfd.-Dose 3.40  
Kohlrabi . . . 2 Pfd.-Dose 4.60  
Heldelbeeren . . . 2 Pfd.-Dose 7.50  
Zwetschgen o. Stein 2 Pfd.-Dose 8.20  
Birnen rot u. weiß 2 Pfd.-Dose 9.50  
Rohneklauden . . . 2 Pfd.-Dose 12.50  
Preisselbeeren in 2- und 1 Pfd.-Dosen alles zuckergesüßt.

**Weiß- u. Rotweine, Südweine, Krankenweine, Arrac, Rum, Cognac, Kirschwasser, echte Liköre, Sekt.**  
Waldmeister, Ananas, Pfirsiche zur Bowle, Bowlenweins.

**Billige Lebensmittel**  
Macaroni Ia . . . Pfd. 8.50  
Gemüsenudeln Ia . . . Pfd. 8.50  
Suppenudeln Ia . . . Pfd. 8.50  
Buchstaben, Hörle . . . Pfd. 8.50  
Gemüsenudeln II . . . Pfd. 7.50  
Gerste grob und fein . . . Pfd. 2.80  
Vollreis . . . Pfd. 2.50, 3.50, 4.50  
Haferflocken . . . Pfd. 2.80  
Schweineschmalz rein Pfd. 11.50  
Margarine . . . Pfd. 10.—  
Margarine, Perplex . . . Pfd. 12.50  
Palmu u. Estol . . . Pfd. 11.—  
Milch Schw., kond., gez. . . 6.50  
Milch steril „Lacta“ . . . 7.50  
Kaffee gebr. Pfd. 18.— 20.—, 24.—, 23.—, 32.—, 35.—  
Malzkaffee . . . Pfd. 3.90  
Teo, Kakao, Schokoladen Tafel 8.00  
Orangen, Feigen, cand. Früchte, Datteln in Schachteln.  
**Reiseproviant,**  
Cornedbeef . . . Pfd.-Dose 6.—  
Fischkonserven und Marinaden  
Sardellen, Capern, Mayonnaise und Remouladensauce Glas 9.50  
Essiggurken . . . Pfd.-Glas 6.50  
Sellerie, Salz, engl. Soufflet, Himbeer- und Zitronensaft, Deutsche- und holl. Pudding  
Wurst- und Fleischwaren all. Art. Schwarzw. Spec., Fleischsalz, Frankfurter u. Wiener Würstchen  
**Hahnen, Hühner**  
**Käse aller Art.**  
Freiburger Brozel . . . Paket 2.00  
Seelberg- und Albert-Keks  
Graham- und Simonsbrot,  
Ulmer Zuckerbrot aus rein. Weizenmehl, markenfrei.  
Marmeladen und Konfitüren

**Hans Kissel** Kaiserstr. 150.  
Fernruf 335 u. 97.  
Freie Zustellung ins Haus. Prompter Versand.

**Kaufgeschäfte**  
Herrenrad ohne Gummi u. ein Santos i. Photo-Apparat zu kaufen gef. Angeb. m. Preis u. Nr. 5487 ins Tagblattbüro erbeten.  
**Korbballchen**  
größeres Quantum zu kaufen gesucht. Angebote unter Nr. 5492 ins Tagblattbüro erbeten.  
**Gebrauchte Zimmertüren**  
zu kaufen gesucht. Gef. Angebote unter Nr. 5498 ins Tagblattbüro erbeten.  
**Diarruben**  
zu kaufen gesucht. Dampfmaschinenfabrik Schopp, Kaiserstr. 87.

**1 Dobermann**, vram., mit Stammbaum, zu verkf. Hagsfeld, Hauptstr. 55.  
Schäfers 3 Bl. mit Hund umständelhaft, 100 Postbilla zu verkaufen. Edgar Schaeffer, Hotel Leopold, Kriegerstr. 84.  
**Milchjagen**  
mit Jungkuh zu verkauf. Seifenstr. 98, part.

**Kaufe und verkaufe**  
fortwährend getragene Herren- und Damenbekleidungsstücke, Uniformen, Wäsche, Schuhe, Uhren, Reisezeuge, Ferngläser, Musikinstrumente, Gold, Silber, Brillanten, Möbel aller Art, Nähmaschinen, Kinderwagen usw. Geil. Angeb. erb. An- und Verkaufsgeschäft. Tel. 3747  
52 Kronenstr. 52.

**Prima Schweine-Schmalz**  
Pfund 11.—  
**Südd. Delikatessenhaus**  
Kreuzstraße 24. Telefon 4749.

**G. Krüger,** Kaiserstr. 207  
vis-à-vis Friedrichsbad  
Feine Herrenschneiderei  
äußerst mäßige Preise.

**Kabeljau**  
Pfund 1.75  
im Ausschnitt 1.80

**Plankuchac**  
So lange Vorrat reicht!  
Sehr preiswert  
**Soufflet-Proviant**  
fleischkonferven warm und kalt zu genießen  
per Dose 3.—  
6.— und 8.—  
Nur erhältlich in folgenden Verkaufsstellen:  
Karlsriedrichstr. 3 (am Marktplatz)  
Karlstraße 13  
Edelmannstr.  
Kaiserstr. 73  
bei der Poststraße  
**Plankuchac**

# Minister Kemmele über den Kommunisten-putsch.

### Das Haus steht hinter dem Minister. — Der Erzerzierplatz bei Hugsweier. — Hagenschiefsiedler. — Die Umfassung für Landwirte. — Das Pachthofgut auf dem Heuberg. — Der Achtsfundentag.

Die erste Sitzung nach den Osterferien benötigte der Minister des Innern Kemmele, um den Bericht über den kommunistischen Putsch in der Kar- und in der Osterwoche zu geben. Aus dem umfangreichen Quellmaterial, von dem der Minister dem Hause Kenntnis gab, ging mit eminenten Deutlichkeit hervor, daß die Lage damals außerordentlich ernst war — auch bei uns in Baden —, jedenfalls viel ernster, als die neuglerischen, sensationslüsterner Gaffer, die den Kommunisten bei ihrem wahnwitzigen Treiben willkommene Staffage bildeten, sich träumen ließen. Der bringende Bericht des Ministers über die längere Auslegung.

Nachdem Kemmele die Vorgeschichte des Putsches eingehend geschildert und den politischen Zusammenhang dargelegt hatte, sagte er: In Karlsruhe gab es 2 und in Mannheim 4 Tote. Ich bedauere diese Opfer und nehme Verantwortung für die Vorgänge klar zu stellen, nicht um mich zu verteidigen, sondern zu dem Zwecke einer ernsten Warnung für die Zukunft, damit bei Wiederholung solcher Ausschreitungen Reuegeister nicht halten und die kommunistischen Terroristen wissen, was ihrer harret. Der zweite Kongreß der kommunistischen Internationale in Moskau im August letzten Jahres empfahl die Schaffung einer Sowjetrepublik, auch mit der Waffe in der Hand, und die Diktatur des Proletariats als einziges Mittel, die Menschheit von den Graueln des Kapitalismus zu befreien. Die deutschen Kommunisten hielten sich auf dem halsstarrigen Parteilos auf den gleichen Standpunkt und schufen eine illegale Kampforganisation. Zunächst entstand bei den Kommunisten die Pflicht, bei dem Scheitern der Londoner Konferenz eine Aktion ins Werk zu setzen. Dann wurde die Parole verbreitet, die Reaktion wolle am Jahresende des Kampfbundes sich erheben. In der Osterwoche vertrieben die Kommunisten in ganz Deutschland eine Anstandslosbewegung in die Wege zu setzen; es handelte sich also um eine einheitliche Aktion über das gesamte Deutsche Reich.

Die kommunistische Bewegung in Baden hat ihren Stützpunkt in Mannheim, Karlsruhe, Heidelberg, Freiburg, Offenburg, Strass und Konstanz. Illegale Kampforganisationen bestanden schon im November letzten Jahres. Aus einem ungedruckten Briefwechsel der Kommunisten, händeltische Gruppenorganisationen usw. wurde ersichtlich, daß sie über Waffenbestände und Nachschubapparate verfügten; Eisenbahn und Post wurden in den Kreis ihrer Bewegung eingezogen. Der Aktionsausschuß der Karlsruher Kommunisten, der am 12. Januar gewählt wurde, hielt häufig mit den Ortsgruppen im Lande durch Kurierere aufrecht. Es wurde versucht, unter Aufsichtnahme von Arbeitslosen Unruhen hervorzurufen und in Karlsruhe wurde die Bildung eines Arbeiterrates betrieben. In Baden schickten zwei illegale Kampforganisationen; die eine wird von Frankfurt am Main aus geleitet, die andere von Mannheim aus. Die führenden Persönlichkeiten dieser Organisation sind uns bekannt. Am 22. Januar l. J. fand in Frankfurt am Main eine Konferenz statt, die sich mit der Organisation von Streiktruppen beschäftigte; es wurde überall dort hervorgehoben, daß man mit einem Kampf zu rechnen habe. Angehörige der Polizeitruppen in Mannheim, Heidelberg und Freiburg erhielten Drohungen, daß man sich in den Besitz ihrer Waffen setzen werde. Gegen Mitte März wurden Flugblätter ausgegeben, in denen zur Bemahnung aufgefordert und alle Mittel der Sabotage anempfohlen wurden. In einem weiteren Flugblatt der Mannheimer Kommunistischen Partei wurde ebenfalls gesagt, daß die Waffen in die Hände der Arbeiter gehörten. In der Osterwoche hielten sich die bedingten Kommunisten in Gasse Instruktionen. Bei den Ortsgruppen der Kommunisten wurde angefragt, wieviel Karlsruher und Waffen vorhanden wären. Am 4. März 1921 sammelten sich im Laufe des Vormittags auf dem Karlsruher Marktplatz Erwerbslose, um über die Erhöhung der Unterstützung in demokratischer Weise zu beraten. Am 20. März vertrieben die Kommunisten in Mannheim ein nach Karlsruher abgeleiteten Flugblatt drucken und lassen; zur Verhinderung einer Beschaffung wurde die Druckerei von 20 Kommunisten besetzt. In der Nacht vom 26. zum 27. März kamen die Führer von Halle zurück und stellten dem badischen Kurieren Besprechungen ab. Am Dienstag tagten in den ardeuren Plätzen des Landes Konferenzen, die beschloßen, durch massenhafte Verbreitung scharf gehaltener Flugblätter die Arbeiter zum Demonstrationsstreik zu bewegen. Am 29. März wurde in einem Aufruf von Mannheim zur „größten Aktivität“ aufgefordert, da die halsstarrige Haltung, die verhängten Sanktionen der Entente und die immer gefährlicher werdende Wirtschaftskrise zu allmählich führe könnten. Die Krise des Kapitalismus müsse auf die Spitze getrieben und zum Umsturz übergeleitet werden. Das Ministerium des Innern erhielt über diese während der Tage vorberichtigten aus verschiedenen Teilen des Landes übereinstimmende Nachrichten. Es warf die Frage auf, ob man diese kommunistische Propaganda widerprüchlos hinnehmen solle oder ob den damit verbundenen Gefahren entgegenzutreten sei. Bei kommunistischen Forderungen zur Selbstverteidigung ergab, und anderer Faktor war das Verhalten der organisierten Arbeiterkraft maßgebend; es schien, daß die gesamte Arbeiterkraft mit Einfluß maßgebend sein könnte. Die Erfolge des letzten Jahres mit kommunistischen Anhängern ließen die Gefahr kommunistischer Störungen nahe. Das Ministerium des Innern entschloß sich daher, für den 20. März und die folgen-

den Tage in den Städten Heidelberg, Mannheim, Karlsruhe, Offenburg, Freiburg und Pforzheim Versammlungen unter freiem Himmel und Umzüge zu verbieten.

In Karlsruhe wurde schon in der Frühe des 20. März eine Anzahl Flugblattverbreiter, darunter die Führer Trabinger und Just inhaftiert, bei denen man Munition und 50 bzw. 20 Schuß Munition vorfand. Als am Abend die Sicherheitspolizei, die den Marktplatz abgeperit hatte, abzog, wurde ein Sturm auf das Bezirksamt verübt, auf die Polizeitruppen geschossen und Handgranaten geworfen, worauf diese von ihren Waffen Gebrauch machten. In Mannheim fand trotz des Verbots ein Demonstrationstag statt; ferner wurde der Versuch gemacht, die Polizeitruppen zu entwaffnen, die dann von ihrer Waffe Gebrauch machten, wobei es 2 Tote und 6 Schwerverwundete gab. Ebenso kam es in Ettlingen zu einem Zwischenfall. Die eigentlichen Führer der Kommunisten und auch bekannte Unabhängige marschierten nicht in der Demonstration mit, sondern suchten in gar nicht geringer Zahl in Parallel-Nebensätzen in gleicher Richtung wie der Zug vorwärts zu kommen. Also fern von der Gefahr. Der Minister betonte vor allem, daß er die Tatsachen anführe, nicht um sich gegenüber den Angriffen der kommunistischen oder unabhängigen Presse zu verteidigen, sondern um der Bevölkerung ganz allgemein den Ernst der damaligen Situation vor Augen zu führen. Weiter sprach der Minister die kommunistischen Versammlungen in Konstanz. Da wir in Baden ohne Reichswehr auskommen müssen, müssen wir rechtzeitig Vorkehrungen treffen. Nachdem anfänglich die Maßnahmen gebilligt wurden, änderten einzelne Organe später ihre Haltung, wie die Mannheimer „Volkstimme“. Dieser Auffassung muß ich gegenüberstehen, denn ich mußte die kommunistische Gefahrenquelle zum Verliegen bringen. Auf die Stellungnahme der Gewerkschaften eingehend, teilte der Minister mit, daß die Gewerkschaften fast überall ihre Mitglieder gewarnt und aufgefordert haben, den kommunistischen Veranstaltungen fern zu bleiben. Nur in Mannheim haben offenbar unter dem Einfluß der linksstehenden Presse Gewerkschaftsversammlungen gegen die Regierungsmaßnahmen lebhaften Protest erhoben. Das Verhalten der gesamten Polizeitruppe war durchaus mütterlich und lobenswert. (Zustimmung.) Die politischen Parteien des Landes, auch die Sozialdemokratische Partei, werden, wenn sie ihre Regierung in solcher Situation decken, keine Einbuße ihres Ansehens erleiden; im Gegenteil: die große Masse des Volkes will Ruhe haben. (Zustimmung und Beifall.)

Landtagspräsident Dr. Kopf gab der tiefsten Unterstützung des Hauses über den kommunistischen Putschwahnwahn Ausdruck und sollte dem Ministerium des Innern, besonders dem Minister Kemmele, Dank und Anerkennung für die in jener Zeit an den Tag gelegte Umsicht und Tatkraft. In der Befähigung solcher verbrecherlicher, wahnwitziger Pläne, wie sie die Kommunisten hegen, siehe das ganze Haus hinter dem Minister. Diese Worte unterließ der Landtag durch lebhaften Beifall. Ferner stellte Dr. Kopf fest, daß das Haus der Ansicht sei, daß die Regierung an dem tiefschmerzlichen Blutvergießen keine Schuld treffe; die ganze Verantwortung für das angerichtete Unglück falle auf die kommunistischen Hezer zurück. Zum Schluß widmete er unserer Ordnungspolizei berechtigte Worte des Dankes. Das Haus sah von einer Beschneidung der Vorgänge ab.

Zur Beratung standen Anträge und förmliche Anfragen aus der Mitte des Hauses: fünf deutschnationale Abgeordnete brachten unter Führung von Fischer-Weissenheim wegen der Verpachtung des Fahrer Erzerzierplatzes bei Hugsweier folgenden Antrag ein: „Der Landtag wolle beschließen, die Regierung zu ersuchen, daß der Erzerzierplatz Fahr bei Hugsweier an die angrenzenden Gemeinden, hauptsächlich auch an solche, die durch den Friedensvertrag linksrheinisches Gebiet verloren haben, zum Zweck landwirtschaftlicher Bebauung verpachtet und nicht, wie bereits vom Arbeitsministerium beschloßen, in solch dichtbevölkertem Bezirk eine Siedlung angelegt wird.“ Diesen Antrag beriet, wie wir bereits früher mitteilten, zunächst eingehend der Verfassungskonstitut, der den demokratischen Abgeordneten Viehauer mit der Berichterstattung beehrte. Die Beratungen des Ausschusses fanden ihren Niederschlag in folgendem Antrag: „Der Landtag wolle beschließen: 1. Die Regierung zu ersuchen, daß der Erzerzierplatz Fahr bei Hugsweier an die angrenzenden Gemeinden, hauptsächlich auch an solche, die durch den Friedensvertrag linksrheinisches Gebiet verloren haben, zum Zweck landwirtschaftlicher Bebauung verpachtet und nicht, wie vom Arbeitsministerium beschloßen, in solch dichtbevölkertem Bezirk eine Siedlung angelegt wird; 2. der Regierung zu empfehlen, die Häuser Siedler, deren Ansiedlung auf dem Erzerzierplatz Fahr in Aussicht genommen ist, auf dem Erzerzierplatz auf Gemarkung Teutschneurent oder an anderen geeigneten Orten anzusiedeln.“ Regierungsrat Specht teilte mit, daß die Reichsregierung 868 000 Mk. den Häusern, die sich auf dem Fahrer Erzerzierplatz ansiedeln wollen, zur Verfügung stellen wolle. Das badische Staatsministerium hatte im Februar l. J. beschloßen, daß bei Fahr 12 Siedlungen mit 30 Hektar angelegt werden sollen; mit Rücksicht auf die Schwierigkeiten sollen hier nur 20 Hektar für 8 Siedlungen in Anspruch genommen werden. Der Teutschneurent Erzerzierplatz eignet sich nicht für Siedlungen, wie aus den vorliegenden Gutachten hervorgeht; die Leute können auf diesem Gelände kein Vieh halten, nur Kartoffeln bauen, weil der Boden zu sandig ist. Die Landwirte, die dort angesiedelt würden, würden stets arme Leute bleiben; sie könnten sich von den Erträgen der Landwirtschaft

nicht ernähren, sondern müßten, wie die Einwohner von Teutschneurent Weichneurent usw. nach Karlsruhe in die Fabriken gehen oder als Maurer und dergleichen arbeiten. In Fahr sind alle Vorbereitungen für die Siedlung getroffen. Die Siedler können dort bei den Hochzeiten mitarbeiten und außerdem noch in diesem Jahre das Gelände umbrechen. In der allgemeinen Aussprache vertrat der Antragsteller Fischer-Weissenheim seinen Antrag, dabei unterbrechend, daß die betreffenden Gemeinden 182 Hektar Pachtgeld durch die Grenzverlegung verloren haben. Der Fahrer Abgeordnete Richter von der sozialdemokratischen Fraktion nahm einen gegenläufigen Standpunkt gegenüber dem Vorredner ein und befürwortete die Ansiedlung von Häusern bei Hugsweier, während sich der Zentrumsvizepräsident Weichauer für den Antragsantrag einsetzte und einige allgemeine Bemerkungen über das Siedlungsproblem von seinem Standpunkt aus machte. Mit diesen war natürlich der Vorsitz der sozialdemokratischen Fraktion Maier-Heidelberg nicht einverstanden. Inzwischen ging ein sozialdemokratischer Antrag ein, nach dem 20 Hektar den Häusern als Siedlungsgebiete überwiesen und 61 Hektar an die angrenzenden Gemeinden verpachtet werden sollten. D. Mayer-Karlsruhe von den Deutschnationalen ersuchte um Ausnahme des Antragsantrages und um Ablehnung des sozialdemokratischen Antrages. Auch diese Rede hatte einen politischen Unterton mit Anspielungen auf gewisse Vorgänge, die auf das Konto des früheren Arbeitsministers kommen für die demokratische Fraktion erklärte Viehauer die Zustimmung zum Antragsantrag, worauf Arbeitsminister Engler auf die Schwierigkeiten hinwies, die bei der Ansiedlung von Häusern freizusetzen. Nicht übersehen dürfte man, daß wir in Fahr durch Reichsgeld nicht nur 8 Siedlungen erhalten, sondern auch 8 Wohnungen frei bekommen, und das bedeuete gerade für die Stadt Fahr sehr viel; ferner dürfe man nicht vergessen, daß es sich bei den anzulegenden Häusern um vertriebene badische Landbesitzer handelte. Der Minister ersuchte das Haus, sich diese Frage noch einmal reiflich zu überlegen und sich auf den Standpunkt der Regierung zu stellen. Die Aussprache ging dann weiter; es sprachen noch fünf Redner, die alle dafür eintraten, daß den Häusern möglichst bald Siedlungsgebiete verschafft werde. In der Abstimmung wurde der sozialdemokratische Antrag mit 35 gegen 26 Stimmen abgelehnt. Ueber den Antragsantrag wurde getrennt abgestimmt: Abschnitt 1 wurde mit Mehrheit, Abschnitt 2 einstimmig angenommen.

Von der ziemlich umfangreichen Tagesordnung wurde in der Vormittagsitzung nur ein Punkt erledigt; der Rest und verbleibende weitere Gegenstände waren der Nachmittagsitzung, die um 1/4 Uhr begann, zugehört. Am diese Zeit wies das Haus noch manche Punkte auf. Zunächst kam das Gesuch der beiden Hagenschiefsiedler Werner und Friedrich Randoil um Bewilligung auf dem Hagenschiefschiefer Siedler oder um Ueberweisung eines bonanoneigenen Pachtgutes zur Betätigung. Wir haben über diese Angelegenheit bereits kurz berichtet. Der Verfassungsausschuß beauftragte sich sehr eingehend mit dieser Frage. Es handelt sich um zwei junge Leute, denen ein gutes Ergebnis ausgeht wird. Von der früheren Leitung des Hagenschiefschiefer sind ihnen gewisse Versprechungen gemacht worden. Der Ausschuß beanstandete, daß sie so lange von ihr hingehalten worden sind, ohne ihnen genügende Gebühden zur Unterbringung der Ernte zu erstellen. Es ist nach dem Willgülden des Hagenschiefschiefschiefers außerordentlich schwer, sie dort zu belassen. Der Ausschluß beschloß, dem Hause den Antrag zu unterbreiten, daß das Gesuch der Regierung in dem Sinne empfehlend zu überweisen, daß diese beim Aufschicht der Siedlungs- und Landbank für eine angemessene Entschädigung der beiden Geschickte eintritt. Selbstverständlich wurden bei dieser Gelegenheit mit dem Hagenschiefschiefer zusammenhängende Fragen erörtert. Vor allem richtig der Ansicht, daß es entgegen einem Beschlusse des Landtages der Regierung nicht gelungen ist, einen größeren Einfluß auf die Geschäftsführung der Siedlungs- und Landbank zu gewinnen. Daß ich es, als sollte der Ausschlußantrag ohne Erörterung angenommen werden, da erklärte der Zentrumsvizepräsident Viehauer als Mitglied des Ausschusses, ein Rechtsanspruch liegt nicht vor, aber gegen eine Entschädigung im Sinne des Antrages dürften kaum Bedenken bestehen. Dann wurde der Antragsantrag einstimmig angenommen.

Die Hälfte der Zentrumsvizepräsident unterbrach folgenden Antrag Dr. Schöfer über den Bezug und die Berechnung des Eigenverbrauchs der Landwirte zur Umfassung: „Der Landtag wolle beschließen, die Regierung zu ersuchen, beim Reichsfinanzministerium zu beantragen, daß bei der Vergebung und Berechnung des Eigenverbrauchs der Landwirte usw. zur Umfassung für Kinder unter 14 Jahren nicht der für Erwachsene festgesetzte Normalfuß, sondern ein ermäßigter Maß in Anwendung gebracht und weiterhin eine mit der Kinderzahl sich steigende Ermäßigung aller Sähe eintreten soll.“ Nach der Mitteilung eines Regierungskommissars ist das Landesfinanzamt am 11. April vom Reichsfinanzministerium angewiesen worden, alle Kinder bis zu 14 Jahren nur mit der Hälfte des Säbes für Erwachsene in Ansatz zu bringen; sind 3 oder mehr Kinder vorhanden, so haben weitere Ermäßigungen einzutreten. Dabei ist der Antrag Schöfer gegenstandslos geworden. Das Haus nahm ihn einstimmig an.

Darauf wurde die förmliche Anfrage der Zentrumsvizepräsidenten Martin, Engelhardt, Straub, Weichauer über die Einrichtung eines großen Pachtgutes auf dem Truppenübungsplatz Heuberg durch die Reichsvermögensverwaltung beantwortet. Die Anfrage lautet: „Ist der

Regierung bekannt, daß die Reichsvermögensverwaltung auf dem Truppenübungsplatz Heuberg ein großes Pachtgutes einzurichten beabsichtigt? Wie gedenkt die Regierung den dadurch zu Schaden kommenden Landwirten, denen bei Errichtung des Truppenübungsplatzes landwirtschaftliche Güter freihändig oder im Wege der Enteignung abgenommen worden sind, durch geeignete Schritte entgegenzukommen, damit sie ihre früheren Grundstücke wieder erlangen?“ Martin begründete die Anfrage, worauf Arbeitsminister Dr. h. e. Engler mitteilte, daß der Pachthof nur solange bestehen sollte, wie das Kindererholungsheim besteht. Es ist nicht beabsichtigt, dem Pachthof weitere Grundstücke zuzuteilen. Der Pachtvertrag ist auf eine Reihe von Jahren abgeschlossen, daher können wir jetzt daran nichts ändern. Das Arbeitsministerium ist bereit, Forderungen der Gemeinden wegen Ueberlassung von Wald zu vertreten. An die Antwort des Ministers schloß sich eine Besprechung, in der sich der sozialdemokratische Abgeordnete Großhans eingehend über die in Frage kommenden Verhältnisse verbreitete. Frau Clara Siebert trat für das Kindererholungsheim ein. Die Mißstände, die im ersten Jahre zu Tage getreten seien, seien im Verwaltungsrat besprochen worden mit der Zusage, daß sie in diesem Jahre abbestellt werden, die Städte sollen zu den Kosten beitragen. Der Gharitasverband habe in Familien 721 Kinder mit zusammen 2028 Pflegeeltern untergebracht; die Ausgaben betragen dafür 255 676 Mark. Weiter sprach Arnick vom Zentrum, Arnold von der Sozialdemokratie, D. Wapser-Karlsruhe von den Deutschnationalen, der die Anfrage Martin unterstützte, Dr. Glöckner von den Demokraten, der eingehend die Frage erörterte, ob es möglich ist, den Pachtgutes wieder aufzulösen und das landwirtschaftlich nutzbare Gelände der bäuerlichen Bevölkerung jener Gegend wieder zuzuführen. Nach den einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen sollte die badische Regierung dahin wirken, daß die badischen Landwirte wieder in den Besitz der Grundstücke gelangen. Nachdem nun der Vertrag abgeschlossen ist, soll man darauf bringen, daß das Pachtgut die Milch für das Kindererholungsheim auch tatsächlich liefert. Dr. Baumgartner vom Zentrum, Mitglied des Verwaltungsrates des Kindererholungsheims, verlangte die Befreiung der familiären Mißstände. Arbeitsminister Engler betonte, für frane Kinder müsse gute Milch, die noch keinen langen Transport hinter sich habe, vorhanden sein und diese Milch müsse der Pachthof liefern; ferner handle es sich nicht allein um die Milch, sondern auch um andere Lebensmittel. Damit war dieser Gegenstand der Tagesordnung erledigt.

Zwei demokratische Abgeordnete (Niederhüßl und D. Goldermann) und zwei Zentrumsvizepräsidenten (Schröder und Spensler) hatten folgenden Antrag eingebracht: „Da der Reichswirtschaftsrat den Entwurf für ein Gesetz über die Arbeitszeit zur Beratung erhalten hat, ersuchen wir die badische Regierung, dafür einzutreten zu wollen, daß bei der reichsrechtlichen Regelung der Arbeitszeit den besonderen Verhältnissen des Handwerks Rechnung getragen und die gesetzliche Festlegung des Achtstundentages nicht auf das gesamte, besonders nicht auf das Handwerksmittel-, Gärtnerei-, Bau- und Saisonarbeitsverhältnisse ausgebelehrt wird.“ Niederhüßl begründete den Antrag und erklärte die Bedeutung eines Abschaffung des Achtsfundentages; daher könne man ihm wohl zustimmen. Diese Ansicht teilten natürlich die Sozialdemokraten nicht. Zunächst vertrat der Zentrumsvizepräsident Spengler den aufstrebenden Standpunkt der Handwerker, die sich gegen föderale Eingriffe in den Betrieb des Handwerks, vor allem in das Erziehungsrecht, wenden. Gegen den Antrag sprach als erster sozialdemokratischer Redner der Abgeordnete Richter von Fahr. Arbeitsminister Engler wählte sich gegen verschiedene Ausführungen des Abgeordneten Niederhüßl. Der Minister ist für eine Perlon damit einverstanden, daß im Interesse einzelner Berufe Abweichungen zugelassen werden, wenn es die Natur des Betriebes erfordert; das soll aber geschehen im gegenseitigen Einvernehmen zwischen den Arbeitgeber- und Arbeitnehmerschmerzorganisationen. Die Regierung werde an dem Antrag nicht achtlos vorübergehen, sondern ihn genau prüfen und dann ihre Stellungnahme der Reichsregierung vorbringen.

Da noch fünf Redner zu Wort kommen wollten, brach der Präsident die Sitzung ab und verleierte die Weiterberatung auf heute vormittag 9 Uhr.

## Schule und Kirche.

### Goldenes Priesterjubiläum.

Von den 41 im Sommer 1871 gewählten Neupriestern können folgende acht in diesem Jahr ihr goldenes Priesterjubiläum feiern: Geistl. Rat Alfred Gillingen, Pfarrer Sasbach, D. H. Stadtpfarrer Raiser in Sasbach, Geistl. Rat Martin Kessler beim Ordinarat Freiburg, Pfarrer A. D. Josef Wolfher in Dettingen, Pfarrer A. D. Peter Saenger in Mensbach, Pfarrer Seeger in Mörzingen und Stadtpfarrer Frenke in Breisach.

### Zum Ableben Dr. Weichmanns.

Am Montag wurde die Leiche des Prälaten Dr. Weichmann in im Jofeph-Stankenhause in Freiburg i. Br. aufgebahrt und abends zum Münster übergeführt, wo der Erzbischof, das gesamte Domkapitel viele Geistliche und Gläubige zum Totenstillsium versammelt waren. In sehr großer Zahl sind nicht nur aus Baden, sondern auch aus anderen Teilen Deutschlands Beileidkundgebungen eingegangen. Unter ihnen befinden sich solche, des würdigen Ministerpräsidenten Stegermab, der badischen Regierung, vieler Korporationen und Vereine.



Sommerkleider, Kleider, Kostüme, Fischdecken, Stickereien, Herrenzöpfe, Krawatten, Hüte usw. können Sie mit 5 h 0 l, chemische Reinigung im Hause, selbst zuverlässig chemisch reinigen. Preis Mk. 2.— per Paket, in Drogenen erhältlich.

Aus dem Stadtkreise.

Vom Karlsruher Stadtpark.

Infolge des anhaltend schönen Wetters, das dieses Jahr ausnahmsweise früh eingetreten ist, hat sich der Stadtpark schon eine sehr ansehnliche Zahl künftiger Besucher zugeeignet. Bis zum 12. d. Mts. sind an Dauerkarten insgesamt 5997 Stück verkauft worden...

Veranstaltungen. Nach langer Pause, die hervorgehoben wurde durch die Überlastung des allgemeinen Verkehrs im Verkehrsministerium, kann nunmehr heute Donnerstag das dritte volkstümliche Konzert ansetzen...

Verwehrende Wiedereinführung der Sonntagskarten. Die im Kriege erfolgte Aufhebung der Sonntagskarten, die bisher trotz vielfacher Wünsche nicht wieder rückgängig gemacht wurde, ist überall in Deutschland sehr unangenehm empfunden worden...

Auch dieses Mal erkrankte Salzer wieder durch seine wüthigen, von überprüfender Panne erfüllten Darbietungen. Bewährtes Altes und gutes Neues brachte er in höchster Beweiskraft. Aus jedem Vortrag machte der Künstler ein Kabarettstück...

Chronik der Vereine. Karlsruher Musik-Verein. Nach Ablauf der zweijährigen Geschäftsjahre wurde die Generalversammlung am 12. d. Mts. in der hiesigen Hofkapelle...

Veranstaltungen. Volkstümliches Sinfonie-Konzert. Man schreibt uns: Nach langer Pause, die hervorgehoben wurde durch die Überlastung des allgemeinen Verkehrs im Verkehrsministerium...

Stadtschul-Aussch. 12. April: Martin Mayer von Frankfurt a. M. hier, mit Elsbeth Wolff von hier; Dr. Ing. Karl Mörke von hier, Gesamtschuldirekt. in Dillig...

Jun. Architekt hier, mit Frieda Merkel von hier; Karl Kohl von hier, Jollbergschiffbau, also, mit Anna Bärner von hier; Friedrich Genzinger von hier...

Gerichtssaal. Karlsruher Schwurgericht. 13. April. Die heutige Sitzung wurde von Landgerichtspräsident Unger geleitet und hatte sich mit der Anklage gegen den Straßburger Arbeiter Peter Dörflinger...

Gerichtssaal. Karlsruher Schwurgericht. 13. April. Die heutige Sitzung wurde von Landgerichtspräsident Unger geleitet und hatte sich mit der Anklage gegen den Straßburger Arbeiter Peter Dörflinger...

Gerichtssaal. Karlsruher Schwurgericht. 13. April. Die heutige Sitzung wurde von Landgerichtspräsident Unger geleitet und hatte sich mit der Anklage gegen den Straßburger Arbeiter Peter Dörflinger...

und die für Ered und Schwiege gestellten, wurde vernichtet. Auf Grund dieses Beschlusses der Geschworenen wurde die Strafe auf 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis, den Dörflinger zu 9 Monaten Gefängnis...

Der Tagelöhner Hermann Barneid aus Wilmshausen hat dort aus einem Fabrikgebäude, in dem er als Arbeiter beschäftigt war, elektrische Artikel im Werte von 1900 M. gestohlen...

Der Tagelöhner Arthur Lamhofer hat mit einem Kollegen die Strafe bereits verbüßt, in dem er eine Kuh, die verfallen war, an den Metzgermeister Ernst Bräunle für 1000 M. abgab...

Der Tagelöhner Hermann Barneid aus Wilmshausen hat dort aus einem Fabrikgebäude, in dem er als Arbeiter beschäftigt war, elektrische Artikel im Werte von 1900 M. gestohlen...

Der Tagelöhner Hermann Barneid aus Wilmshausen hat dort aus einem Fabrikgebäude, in dem er als Arbeiter beschäftigt war, elektrische Artikel im Werte von 1900 M. gestohlen...

Der Tagelöhner Hermann Barneid aus Wilmshausen hat dort aus einem Fabrikgebäude, in dem er als Arbeiter beschäftigt war, elektrische Artikel im Werte von 1900 M. gestohlen...

Table with 5 columns: Ort, Witterung, Wind, Regen, Temperatur. Rows include Damburg, Ludwigsberg, Berlin, Frankfurt, München, Koblenz, Stuttgart, Garmisch, Jöhde, Paris, Wien, etc.

Table with 5 columns: Witterung, Wind, Regen, Temperatur. Rows include Karlsruhe Seehöhe 151 m, Karlsruhe Seehöhe 151 m, Karlsruhe Seehöhe 151 m, Karlsruhe Seehöhe 151 m, Karlsruhe Seehöhe 151 m.

Allgemeine Witterungs-Uebersicht. Bei meist heiterem Himmel stiegen die kühlen Nachmittags temperaturen wieder über 20° an. Vereinzelt wurden leichte Gewitter beobachtet...

Motten. Die Abtötung der Motten (Larven) wird mit keinem Mittel so vollkommen erreicht, wie mit diesem Geruchlos, machschin. Entmottungsmittel...

Stadt. Fischhalle hinter dem Viehtrieb. Täglich geöffnet v. 8 Uhr morg. bis 6 Uhr abds. Bei ganzen bei ganzen bei ganzen bei ganzen bei ganzen bei ganzen...

Bruchleidende. bedürfen meist ein schmerzhaftes Bruchband mehr, wenn sie nicht in Ordnung verbleiben können. Nach Maß und ohne Feder, Tag und Nacht tragbar...

Viel Geld verschwendet man mit den gefährlichen Rasiermessern oder kratzenden Rasierklingen, die fortwährend nachverschleifen werden müssen.

Herren-Anzüge. sowie alle anderen Kleidungsstücke werden am schnellsten fertig bei guter Verarbeitung und modernem Preis bei Schneidermeister Ehret, Poststraße 18.

Tapeten- und Linoleum-Haus L. Grosbernd. Amalienstraße 67 Karlsruher Fernsprecher Nr. 1305. Neuheiten in billigsten bis zu feinsten Tapeten Linoleum: Granit, Inlaid, Lincrusta u. Spannstoffen...

Gelegenheits-Transport. mittels Kraftwagen, Abfahrtszeit bis zu 60 Minuten, am Samstag, den 16. April 1921 nach Mannheim, Preis 400 Mark. Bad. Kraftverkehrs-Ges. m. b. H. Karlsruhe, Telefon 5140.

„Steuerangelegenheit“ Gesellschaftsgründungen, Bilanzwesen, Revisionen. Abrennt in Steuerfragen erfahrene Sachmann. Angeb. unt. Nr. 5459 ins Tagblatt.

Verlobungen, Vermählungen, Geburtsanzeigen. veröffentlicht man im stark verbreiteten, in Karlsruhe und Umgebung in allen Kreisen gerne gelesenen Karlsruher Tagblatt. Dailische Morgenzeitung.

Heirat! Witwer (mit 1 Kind u. 11 Jahren) kat., ca. 40er, in guter Stellung und mit 20000 M. Vermögen, sucht sich nachmals, am liebsten mit Wittwe oder besserer Dienstmädchen gleich zu verheiraten. Dürft. eingerichtete Wohnung in d. M. leuchtendem Wohnort, in dem d. Witwe ein Geschäft betreiben könnte, in Baden-Baden vorzuziehen. Angebote unter Nr. 5505 ins Tagblattbüro erbeten.